

## Wie solid ist die Altersvorsorge? Zur Zukunft des Drei-Säulen-Systems

Vor 50 Jahren wurde das Gesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung in Kraft gesetzt, vor rund 25 Jahren das Drei-Säulen-System in der Verfassung verankert. Dieses doppelte Jubiläum hat die AG für Wirtschafts-Publikationen zum Anlass genommen, eine Tagung zur Zukunft der schweizerischen Altersvorsorge zu veranstalten.

fon. Bern, 26. Februar

Die Schweizerinnen und Schweizer betrachten das grosse «Monopoly», bei dem Tausende von Arbeitsplätzen geopfert würden, zunehmend kritisch. Sie seien entschlossen, ihre Sozialeinrichtungen zu verteidigen, sagte Bundesrätin *Ruth Dreifuss* an der Tagung der AG für Wirtschafts-Publikationen (AWP) zur Zukunft der Altersvorsorge. Das Drei-Säulen-System mit der AHV, der beruflichen Vorsorge und der Selbstvorsorge durch individuelles Sparen habe sich bewährt. Zwar stellten die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen neue Herausforderungen für die Altersvorsorge dar, denen Rechnung zu tragen sei. Ein radikaler Systemwechsel sei indes nicht erforderlich, führte die Sozialministerin aus und warnte davor, bewährte Instrumente der Sozialpolitik in Frage zu stellen.

### «Jahr der Entscheidungen»

*Otto Piller*, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung, bezeichnete das Jahr 2000 als «Jahr der Entscheidungen» für die Sozialversicherungen. Bis dahin seien die 11. AHV-Revision, die Revision des Gesetzes über die berufliche Vorsorge (BVG), die Revision der Invalidenversicherung und die Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes reif für die parlamentarische Beratung. Die 11. AHV-Revision müsse die finanziellen Grundlagen der AHV langfristig sicherstellen, sagte Piller. Finanziert werden solle die AHV durch indirekte Steuern, namentlich durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Denkbar sei auch die Einführung einer Energiesteuer. Die berufliche Vorsorge müsse ihrer verfassungsmässigen Aufgabe gerecht werden und die Fortführung der gewohnten Lebenshaltung im Alter gewährleisten. Aus diesem Grund sei es erforderlich, im Rahmen der BVG-Revision den Vorsorgeschutz für versicherte Personen mit kleinen Einkommen auszuweiten und die Renten an die Preisentwicklung anzupassen.

Die Sicht der Arbeitnehmerschaft zur Zukunft der Altersvorsorge präsentierte *Colette Nova*, geschäftsführende Sekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB). Der SGB will die Leistungen der AHV und der beruflichen Vorsorge deutlich verbessern und lehnt eine weitere Förderung der Selbstvorsorge im Rahmen der 3. Säule ab. Die AHV solle zu einer existenzsichernden Altersvorsorge mit flexiblem Rentenalter ausgebaut werden. Als Finanzierungsinstrumente nannte Nova neben Lohnprozenten, direkten Steuern und Mehrwertsteuern auch Öko- sowie Erbschafts- und Schenkungssteuern. Der Schweizerische Arbeitgeberverband, vertreten durch seinen Sekretär *Hansrudolf Schuppisser*, möchte dagegen der 3. Säule mehr Gewicht verleihen. Zwar stehe der Arbeitgeberverband hinter

der AHV und dem Drei-Säulen-System, versicherte Schuppisser. Doch seien die Grenzen des Sozialstaates klar ersichtlich, was aus Arbeitgeber-sicht einen sozialpolitischen Kurswechsel erfordere. Die 11. AHV-Revision müsse durch moderate Mehreinnahmen und Leistungsreduzierungen eine nachhaltige Sanierung der finanziellen Grundlagen gewährleisten, sagte Schuppisser. Dazu gehöre auch eine Erhöhung des Rentenalters. Die Revision des BVG habe beitragsneutral zu sein, und die 3. Säule müsse besseren steuerlichen Bedingungen unterstellt werden.

### Umlageverfahren stösst an Grenzen

Zur Bedeutung der 3. Säule äusserte sich die Zürcher Ständerätin *Vreni Spoerry*. Die Selbstvorsorge im Rahmen der 3. Säule werde zunehmend eine wichtigere Rolle spielen, da das Umlageverfahren an seine Grenzen stosse und der Einzelne nicht mehr auf eine ununterbrochene berufliche Laufbahn vertrauen könne. Es sei wichtig, so Spoerry, den Jungen klarzumachen, dass sich das Sparen im Rahmen der 3. Säule lohne. Sie plädierte dafür, die Säule 3a auch für bestimmte Kategorien von nichterwerbstätigen Personen zu öffnen.

Herbe Kritik an der Anlagepolitik der AHV übte schliesslich *Kurt Schiltknecht* der BZ Trust Aktiengesellschaft. Die Verantwortlichen der AHV hätten es in den vergangenen 50 Jahren in unentschuldbarer Weise versäumt, mit Aktienkäufen die Chancen des Kapitalmarktes zu nutzen und dadurch die Beiträge der AHV zu mehren. Er rechnete vor, dass die Finanzierungsprobleme der AHV durch eine bescheidene Investition in Aktien hätten vermieden werden können. Schiltknecht zeigte sich überzeugt, dass sich eine privatwirtschaftliche Konkurrenz zur AHV vorteilhaft auswirken würde.